

seiner „zänkischen Diplomatie“ kamen die USA nicht sehr weit.

Der Band umfasst nicht alle Politikfelder, deren Analyse aufschlussreich wäre. Dies tut freilich dem vorgelegten Themenspektrum keinen Abbruch. Der Band ist für das Verstehen der gerade vergangenen Gegenwart sowie für die weitere Zukunft eine unverzichtbare Ausgangsbasis.

*Jakob Schissler*

Ferhadbegović, Sabina und Brigitte Weiffen (Hrsg.). *Bürgerkriege Erzählen. Zum Verlauf Unziviler Konflikte*. Konstanz. Konstanz University Press 2011. 357 Seiten. 39,90 €.

Spätestens seit Samuel Huntingtons Theorie vom „Kampf der Kulturen“ nehmen kulturelle Faktoren in der öffentlichen Diskussion der Ursachen gewalttätiger Konflikte eine prominente Rolle ein. Bricht ein bewaffneter Konflikt aus, werden religiöse und ethnische Zugehörigkeiten meist recht voreilig als diejenigen Faktoren identifiziert, die entscheidend für den Ausbruch, den Verlauf oder die (Nicht-) Beendigung der Gewalt sind. Innerhalb der politischen Wissenschaft sind die entsprechenden Thesen jedoch höchst umstritten. Laut der quantitativen Konfliktursachenforschung beeinflusst der Grad an ethnisch-religiöser Fraktionalisierung das Konfliktrisiko einer Gesellschaft im Vergleich zu sozio-ökonomischen Faktoren nur marginal. Statt einfachen, linearen Effekten zwischen kulturellen Faktoren und dem Ausbruch von Gewalt wird auf Interaktionseffekte und die Tatsache verwiesen, dass die Richtung des Zusammenhangs unklar bleibt: Bestimmte kulturelle Zugehörigkeiten sind oft das

Resultat und nicht nur die Ursache ethnischer Konflikte. Kritiker bemerken, dass die starke Betonung wirtschaftlicher und institutioneller Faktoren in der quantitativen Konfliktursachenforschung zu einer Ausblendung kultureller Faktoren geführt habe. Auch bei der Messung stößt die quantitative Forschung an ihre Grenzen. Einigkeit herrscht jedoch darüber, dass Huntingtons Thesen empirisch nicht haltbar sind. Auch nach Ende des Kalten Krieges brechen bewaffnete Konflikte sehr viel häufiger innerhalb eines Kulturkreises und nicht zwischen verschiedenen Kulturkreisen aus. Besonders eklatant ist zudem die Tatsache, dass Huntingtons Theorie und vergleichbare Thesen gänzlich ohne Mikrofundierung auskommen. Mechanismen, welche kulturelle Merkmale einer Gesellschaft mit dem Ausbruch kollektiver Gewalt verbinden, sind bis heute Mangelware.

Genau an dieser Forschungslücke setzen Sabina Ferhadbegović und Brigitte Weiffen mit ihrem Sammelband *Bürgerkriege Erzählen. Zum Verlauf unziviler Konflikte* an. Als Herausgeberinnen stellen sie die übergeordnete Frage, was Gesellschaften in ihrem Innern zusammen hält beziehungsweise wie kulturelle Sinnmuster Prozesse der Integration und Desintegration bewirken (25). Bürgerkriege werden hier als soziale Prozesse der Identitätskonstruktion mittels Narrativen verstanden. Doch wie entstehen Bürgerkriegsnarrative und wie werden sie als Instrument der Identitätspolitik vor, während und nach Bürgerkriegen eingesetzt, um Feindschaften zu konstruieren, Gewalt zu legitimieren oder gewaltsame Konflikte aufzuarbeiten? Laut Albrecht Koschoke können Erzählungen im Bürgerkrieg Gruppen entzweien, die bisher

friedlich miteinander gelebt oder sich sogar ineinander aufgelöst haben (35). Vor allem in Zeiten sozialer Spannungen werden kulturelle Narrative aktiviert, um religiöse, ethnische und kulturelle Unvereinbarkeiten nachträglich zu kreieren, wiederzubeleben oder zu verfestigen. Der Konflikt modelliert dabei die Erzählung, die Erzählung aber auch den Konflikt (39). Der Autor wirft außerdem die Frage auf, wovon es abhängt, ob sich eine bestimmte Erzählweise durchsetzt oder nicht. Wie gelingt es, „Religion“ und „Kultur“ als dominante Konfliktsemantiken zu etablieren und welche Folgen hat das? Die Antwort bleibt weitestgehend offen. Als historisches Beispiel befasst sich *Ulrich Gotter* mit der Morphologie und Funktion der äußerst brutalen Erzählungen vom römischen Bürgerkrieg im 1. Jh.v.Chr. Die Gründe für die stabile Relevanz dieser Art von Erzählung in der Erinnerungskultur der frühen Kaiserzeit sieht er unter anderem im politischen Kalkül der Herrschenden begründet. Die „Folie des brutalen Bürgerkriegs“ sei für das neue Regime „unabdingbar funktional“ und zugleich identitätsstiftend für die politische Klasse Roms gewesen (63, 68). Dasselbe Argument findet sich bei *Philip Manow*. Er berichtet, wie Erzählungen von den Eroberungskriegen und Zuständen in der Neuen Welt und der permanente Kriegszustand zwischen den aufstrebenden Kolonialmächten Thomas Hobbes zu seinem Konzept des Naturzustandes inspirierten haben und wie diese Narrative zur Rechtfertigung der gewaltsamen Aneignung von Land und Besitz durch die Kolonialmächte genutzt wurden. *Stefan Zahlmann* führt die Ursachen antideutscher Aggressionen in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf das Gebaren

der Deutschen im Unabhängigkeitskrieg und Amerikanischen Bürgerkrieg zurück, welches ihnen den Ruf ständig kriegsbereiter und gewalttätiger Verbrecher einbrachte (93). *Bernd Stiegler* widmet sich Veränderungen in der Funktion, im Markt und in den Regeln der Bildästhetik von Kriegsphotographie im Amerikanischen und Spanischen Bürgerkrieg sowie deren Einbettung in einen Publikums- und Distributionskontext. Aktuellere Fallbeispiele liefern *Alex Veit* und *Klaus Schlichte*. Sie argumentieren, dass insbesondere nicht-staatliche bewaffnete Akteure auf eine Legitimierung politischer Gewalt in Bürgerkriegen angewiesen sind. Hierzu dienen unter anderem Narrative, die sich an die eigenen Gruppenmitglieder, die Zivilbevölkerung oder die internationale Öffentlichkeit richten. Diese Prozesse der Legitimation beziehungsweise Delegitimation und ihre Probleme werden beleuchtet. Schließlich beenden *Daniel Šuber* und *Davor Beganović* den ersten historisch deskriptiven Teil des Bandes mit ihren Kapiteln zum Fall Bosnien. *Daniel Šuber* beschreibt die Entwicklung der Haltung zum Krieg in der serbischen Bevölkerung zwischen 1987 und 1990. Vergangene Kriegstraumata und den Verlust der kollektiven Orientierung sieht er als notwendige Voraussetzungen einer Nationalisierung des Alltags und einer Politik der Re-Traumatisierung mittels Propaganda, die nach Kriegsausbruch in einer Explosion der Xenophobie gegen die ethnischen Nachbarn mündete. *Davor Beganović* spricht in diesem Zusammenhang von einem „kulturellen Rassismus“, der auf einem kulturkritischen Diskurs in Serbien fußt und dessen Entwicklung, Strategien, Gegenstrategien und Eskalation nach Kriegsausbruch in seinem

Beitrag beschrieben werden. Während *Daniel Šuber* explizit auf die Identifikation „irgendwelcher Logiken oder Grundmechanismen“ verzichtet (181), warnen *Andreas Hasenclever* und *Alexander De Juan* davor, angesichts der Komplexität von Zusammenhängen kausalanalytisch zu kapitulieren (243). Sie identifizieren diejenigen Faktoren, welche die ambivalente Wirkung von Religion auf politische Konflikte erklären können. Laut den Autoren gilt es zu verhindern, dass sich innerhalb religiöser Gemeinschaften abgrenzende und gewaltfördernde Interpretationen durchsetzen. Den jeweils anerkannten Deutungsexperten und ihren durchaus eigennützigen Interessen kommt deshalb eine entscheidende Rolle zu. Wenn sich Gesellschaftsgruppen auch nach der Beendigung eines Krieges in ihren „schützenden ethnische Kokon“ (255) zurück ziehen, sodass eine psychologische und physische ethno-kulturelle Separation bestehen bleibt, spricht *Marcel M. Baumann* von „freiwilliger Apartheid“, deren Facetten und Methoden der Aufrechterhaltung er beschreibt. Dies ist eine gelungene Überleitung zu nachfolgenden Beiträgen, die sich mit der Rolle von Narrativen in Nachkriegsgesellschaften beschäftigen. *Susanne Buckley-Zistel* beschreibt, von welchen strukturellen und politischen Faktoren die Diskurse verschiedener Wahrheitskommissionen beeinflusst wurden, welche unterschiedlichen religiösen oder moralischen Vorstellungen und Interpretationen der Vergangenheit diese Kommissionen entwickelten, und wie sich Letztere auf das Zusammenleben der Konfliktparteien auswirkten. *Aleida Assmann* stellt der „Praxis des Erinnerns“, wie sie zum Beispiel Wahrheitskommissionen verfolgen, eine „Praxis des

(bewussten) Vergessens“ als Methode der Vergangenheitsbewältigung gegenüber. Die Autorin fragt, unter welchen Umständen diese beiden Methoden ihre „heilsame Wirkung“ entfalten können. Als historische Beispiele werden Deutschland nach 1945 und Spanien in den ersten vier Jahrzehnten nach dem Bürgerkrieg angeführt. Zuvor beleuchtet *Wolfgang Seibel* jedoch „selbstreferentielle Narrative“, die von den Vereinten Nationen (VN) entwickelt wurden, um Spannungen zu überbrücken zwischen dem, was man aus Friedensmissionen zum Beispiel in Somalia, Ruanda oder Srebrenica gelernt hat und dem, was weiterhin praktiziert wurde. Laut dem Autor scheitern diese Narrative des Lernens jedoch an der „gewollten Unwissenheit“ bestimmter VN-Mitgliedsstaaten, die Informationsasymmetrien innerhalb des VN-Systems im Eigeninteresse ausnutzen. Die Bürokratien nachgeordneter VN-Organisationen werden hingegen, ebenfalls etwas einseitig, als „Orte des Wissenswollens und Lernens“ identifiziert.

Analytische Beiträge, welche alternative theoretische Erklärungsmodelle an mehreren Fällen überprüfen, wechseln sich in diesem Band mit rein historisch deskriptiven Beiträgen ab. Die Prinzipal-Agenten-Theorie findet genauso Verwendung wie die Macht-, Erzähl-, Bewusstseins- oder Gedächtnistheorie. Zentrale Begriffe wie Transitional Justice, kollektives Gedächtnis, kollektive Identität, kollektives Trauma, Legitimität oder Herrschaft werden erläutert, und teilweise werden mehr Fragen aufgeworfen als tatsächlich beantwortet. Letzteres verzeiht man den Autor/Innen aber angesichts der Tatsache, dass interdisziplinäre, geistes- oder kulturwissenschaftliche Studien, welche den Verlauf von Bürgerkriegen untersu-

chen, sonst sehr rar sind. Dieser Sammelband leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Konfliktforschung.

Sophia Benz

## Europäische Integration

Nasshoven, Yvonne M. *The Appointment of the President of the European Commission. Patterns in Choosing the Head of Europe's Executive*. Baden-Baden. Nomos 2010. 260 Seiten. 39 €.

Die Europäische Union wird zunehmend als Polity oder politisches System in politikwissenschaftlichen Analysen behandelt. Dies stellt keine Selbstverständlichkeit dar, bedenkt man, dass die Herangehensweisen der vergleichenden Politikwissenschaft mit ihren eher staatsorientierten Theorien und Modellen lange Zeit als untauglich für dieses allorts als *sui generis* bekannte Integrationswerk galten. Für jene „Normalisierung“ der EU als Untersuchungsgegenstand spricht auch die Dissertationsschrift von *Yvonne Nasshoven*. In ihrer Studie nimmt sie eine tiefgehende Auseinandersetzung mit dem Nominierungsverfahren für den Präsidenten der Europäischen Kommission vor, um schließlich somit weiteren Aufschluss über den Charakter der EU als politisches System erfahren zu können. Dabei behandelt sie einerseits mit der Nominierung des Kommissionspräsidenten eine enge Thematik, stützt sich andererseits aber auf einem breiten theoretischen Analyserahmen, um dieses bisher wenig intensiv erforschte Element des EU-Regierungssystems möglichst exakt erfassen zu können. Bereits zu Beginn der Lektüre überzeugt *Nasshoven* mit dieser Struk-

tur sowie mit ihrer Fragestellung und dargelegten Vorgehensweise. Dabei umfasst ihr Ansatz (mindestens) drei fundamentale Dimensionen, nämlich die Auseinandersetzung mit den sowohl (1) inner- als auch (2) zwischeninstitutionellen Dynamiken, die wiederum im (3) zeitlichen Kontext (das heißt evolutiv im Verlauf der europäischen Integrationsgeschichte) untersucht werden. Konkret bedeutet dieses Vorhaben beispielsweise, dass nicht nur die vertragsrechtlichen Bestimmungen zur Nominierung des Kommissionspräsidenten, sondern auch die praktische Anwendung des Nominierungsverfahrens im Sinne der „living constitution“ (25) bei sämtlichen Kommissionspräsidenten der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union untersucht werden.

Der sowohl quantitativen als auch qualitativen Hauptuntersuchung dieser Studie zum Charakter des Nominierungsverfahrens für den Posten des Kommissionspräsidenten wird eine Diskussion zu diversen theoretischen Hintergrundfragen vorangestellt. Maßgeblich für die darauf aufbauende Studie sind die Theorien des liberalen Intergouvernementalismus und des Rational-Choice Institutionalismus einerseits (von *Nasshoven* als „rationalist approaches“ bezeichnet) und des Föderalismus und des historischen Institutionalismus andererseits („supranationalist approaches“). Ergänzt wird dieser vielschichtige Zugriff mit den Überlegungen zu legislativ-exekutiven Verhältnissen in horizontaler (zwischen den mitgliedstaatlichen Regierungen und dem Europäischen Parlament) wie vertikaler Hinsicht (zwischen den mitgliedstaatlichen Regierungen und ihren nationalen Parlamenten) des europäischen politischen